

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 3.— Mk., bei Selbstabholung 2.75 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 9.— Mk., für 1 Monat 3.— Mk. (Wechselgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13 093.

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Petitzeile 1.25 Mk. — Die 7 gespaltene Petitzeile mit Platzvorschrift 1.50 Mk. — Die 7 gespaltene Petitzeile Familiennachrichten 1.10 Mk. Die Reklame-Petitzeile 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer freit 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Waffenstillstand zwischen Estland und Sowjet-Rußland.

Auswechslung der Ratifikationsurkunden am 6. Januar?

Sankt Petersburg, 3. Jan. (U.) Der Oberste Rat der Allierten hat die Auswechslung der Ratifikationsurkunden nunmehr auf den 6. Jan. festgesetzt unter der Voraussetzung, daß alle Fragen über die Vorbereitung für das Inkrafttreten des Friedensvertrags geregelt sind. Die Ratifikation soll in der Form stattfinden, daß die deutschen Delegierten zunächst das November-Protokoll unterzeichnen, dann folgt die Auswechslung der Ratifikationsurkunden und hierauf wird Clemenceau an den Chef der deutschen Delegation einen Brief überreichen, in dem die Allierten ihrer Bereitwilligkeit Ausdruck verleihen, ihre Forderungen betreffend die 400 000 Tonnen deutsches Eisenmaterial herabzusetzen.

Da nach dem Beschluß des Obersten Rates alle mit dem Inkrafttreten des Friedens zusammenhängenden Einzelheiten und praktischen Fragen vor dem Austausch der Ratifikationsurkunden geregelt sein müssen, erscheint es sehr zweifelhaft, ob der in der Note genannte Termin eingehalten werden kann.

Proklamation des Saarlandes.

Die Fachinformation meldet aus Paris: Die Befehlshaber der Truppen im besetzten Gebiet wurden gestern durch Marshall Foch davon in Kenntnis gesetzt, daß die Ratifikation des Friedensvertrages als bevorstehend zu betrachten ist und alle Vorbereitungen für die Befreiung derjenigen Gebiete zu treffen seien, welche mit dem Inkrafttreten des Friedens gemäß dem Vertrag eine alliierte Besatzung erhalten werden.

Die für den französischen Soldat bestimmten Stationen im Saargebiet wurden vom Oberverwalter des Saargebietes benachrichtigt, daß mit der Aufnahme der Tätigkeit der Stationen für den 10. Januar zu rechnen ist. Die offizielle Proklamation des Saarlandes, womit der tatsächliche Eintritt der Vollgemeinschaft des Saarlandes mit Frankreich verbunden ist, wird durch General Wibel namens der alliierten Regierungen am 8. oder 9. Januar erfolgen.

Waffenstillstand zwischen Estland und Sowjet-Rußland.

Berlin, 3. Jan. (Eigene Drahtmeldung der U. A.) Zwischen Estland und Sowjetrußland ist nach einer Meldung der Freiheit am 31. Dezember ein Waffenstillstand abgeschlossen worden. Er tritt am 3. Januar 10.30 in Kraft. Der endgültige Friedensschluß ist mit Sicherheit zu erwarten.

Der Zusammenbruch der Kollschak-Armee.

Kopenhagen, 2. Jan. Die Niederlage der Armee Kollschak ist eine vollkommene. Ein Heer von tüchtigen Soldaten und Zivilisten überstreift die Landstrassen. Sibirien selbst scheint sich in größter Verwirrung zu befinden. Die gemeldeten Umstände der Sozialrevolutionäre haben sich auf die Hauptstadt Kollschaks, Irkutsk, ausgedehnt. In einer furchtbaren Lage befinden sich die 200 000 deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen.

Die Brotverjorgung und die Reichsregierung

Nach einer Mitteilung der bürgerlichen Presse hat das Reichswirtschaftsministerium folgendes erklärt: In einzelnen Zeitungen wird die Mitteilung verbreitet, daß die diesjährige Getreideernte über die höchsten Erwartungen hinaus gut ausgefallen und infolgedessen die Reichsgetreidestelle bereits für das ganze Wirtschaftsjahr versorgt sei. Diese Darstellung trifft keineswegs zu. Es kann keineswegs davon gesprochen werden, daß die Reichsgetreidestelle bereits für das ganze Wirtschaftsjahr eingebedt ist. Für die aller nächste Zeit ist es allerdings versorgt. Von einer Sicherstellung der Brotverjorgung für die spätere Zeit des Wirtschaftsjahres kann aber bisher so wenig die Rede sein, daß zur Förderung der Getreideablieferung besondere Maßnahmen vorgesehen werden müßten. Eine dieser Maßnahmen ist die Festsetzung von besonderen Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Gerste.

Aus dieser Nachricht geht hervor, daß die Reichsregierung unentwegt an ihrer künftigen Wirtschaftspolitik festhält. Anstatt endlich wirksame Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, um die widerwilligen Agrarier zur Ablieferung zu zwingen, verfährt man immer wieder auf das alte Hilfsmittel, die Produzenten durch die beschriebenen Ablieferungsprämien zur Ablieferung zu veranlassen. Die Folgen dieser Politik sind natürlich eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise, neue Belastung der Arbeiter, weitere Verschlechterung der Lebenshaltung, erneute Lohnforderungen, neue wirtschaftliche Kämpfe und Erschütterungen des Wirtschaftslebens. Blind schreitet die von allen guten Geistern verlassene Regierung auf einem Wege fort, der Deutschland direkt in den Abgrund führen muß.

Bersäuerung der Kohlenkrise.

In der Kohlenverjorgung der Berliner Industrie ist in den letzten Tagen eine wesentliche Verschlechterung eingetreten. Wann sich die Verhältnisse bessern, hängt, wie der Reichskohlenkommissar der N. B. Z. mitteilt, im wesentlichen davon ab, ob es gelingen wird, den Verkehr auf der Wasser-

straßen wieder herzustellen. Die Stilllegung weiterer industrieller Betriebe ist wahrscheinlich. Noch schlechter als in Berlin liegen die Verhältnisse im Reich. In Kiel hat das Elektrizitätswerk von morgens 8 bis nachmittags 4 Uhr den Betrieb einstellen müssen, wodurch der Straßenbahnverkehr fast vollständig stockt. Auch in Ostpreußen und in Süddeutschland liegen die Dinge sehr ungünstig. In Baden und Württemberg können nur noch die lebenswichtigen Betriebe aufrechterhalten werden.

Drohender Generalstreik im Elsaß.

Mülhausen, 2. Januar. Die Verhandlungen des Generalkommissars Millerand mit den Vertretern der Streikenden des Buchdruckergewerbes und den Straßenbahnern sind gescheitert. Die Mülhausener Straßenbahner streiken weiter. Der Tramwayverkehr in der Stadt und nach den Vororten ruht vollständig. Die Ausländigen stellen einige Arbeitswillige gewaltsam von der Wiederaufnahme der Arbeit ab. Das Tramwaydepot Mülhausen erhielt eine starke militärische Besatzung.

Strasbourg, 2. Januar. Infolge des drohenden Ausbruchs eines Generalstreiks in Elsaß-Lothringen stehen die Truppen in ihren Kasernen seit Montag alarmbereit. Die bewilligten Urlaube für die Offiziere wurden vorläufig zurückgezogen. Die Straßenbahner in Strasbourg und Kolmar hielten Versammlungen ab, in denen ein Sympathiestreik mit den Mülhausener Straßenbahnern beschlossen wurde.

Das neue Reichstagswahlrecht.

Berlin, 3. Januar. (Eigene Drahtmeldung der U. A.) Die Vorentwürfe für ein neues Reichstagswahlrecht, die in kurzer Zeit der Öffentlichkeit unterbreitet werden sollen, sind nach einer Mitteilung einer zuständigen Stelle auf ein sogenanntes „automatisches System“ aufgebaut. Jedem Wahlvorschlag sollen hiernach sozial Abgeordnetenliste zugeordnet werden, als die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen sich durch 60 000 teilen läßt. Die nicht verbrauchten Stimmen und die Stimmen eines Wahlvorschlages, der weniger als 60 000 Stimmen erlangt, werden nach dem einen Vorschlag für das ganze Reich, nach anderen Vorschlägen erst für eine bestimmte Anzahl von Wahlkreisen und dann für das Reich zusammenzurechnen und auf je 60 000 dieser Reichtimmen soll dann auch hier wieder je ein Abgeordneter entsenden. Ueber die Frage, wie groß die Wahlkreise sein sollen, werden verschiedene Vorschläge gemacht werden.

Sofortige Einberufung der preussischen Landesversammlung.

Berlin, 3. Jan. (Eigene Drahtmeldung der U. A.) Im Auftrage der Unabhängigen Fraktion haben die Genossen Adolf Hoffmann und Rosenfeld folgenden Antrag an die Preussische Landesversammlung gerichtet:

„Die Tarifberatungen zwischen der preussischen Eisenbahnverwaltung und den Vertretern der Eisenbahnerorganisation drohen ins Stocken zu geraten und zu scheitern, weil die Eisenbahnverwaltung die Verhandlungen verschleppt und den Forderungen der Eisenbahner hartnäckig Widerstand entgegensetzt. In Magdeburg ist es bereits zu einem 24stündigen Eisenbahnstreik gekommen.“

Bei dieser Sachlage ist es Aufgabe der preussischen Landesversammlung, einzugreifen und die Regierung zu zwingen, die berechtigten Forderungen der Eisenbahner zu erfüllen.

Wir beantragen daher die sofortige Einberufung der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung.“

Ist das wahr?

Die Deutsche Tageszeitung erklärt sich von Rechtsanwalt Dr. Harzke für ermächtigt, mitzuteilen, daß der mehrheitssozialistische Abgeordnete Davidsohn, dem die Ermittlungssache gegen Georg Ellarz führenden Staatsanwalt Gutjahr in dieser Sache mitgeteilt hat, daß in den in Betracht kommenden Ministerien seit den letzten vier Wochen die Belege für den Fall Ellarz — nicht für den Fall Sonnenfeld — beiseite gebracht wurden.

Die Nachricht klingt ganz ungeheuerlich. Aber nach den Vorgängen, die im Marzok-Prozess bekannt geworden sind, kann man wohl an ihre Richtigkeit glauben. Jedenfalls müssen sich die Regierung und die amtlichen Stellen unverzüglich dazu äußern.

England an der Wegwende.

Von Rud. Breitscheid.

Die Session des englischen Parlaments ist kurz vor Weihnachten plötzlich geschlossen worden, und erst Anfang Februar soll die Volksvertretung ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Es scheint, daß das der einzige Ausweg für die Regierung Lloyd Georges war, denn sie konnte so ihre Verlegenheiten wenigstens verlagern. Eine Reihe von Gesetzesvorlagen, deren Einbringung sich, wenn das Parlament beieinander geblieben wäre, nicht länger hätte hinausschieben lassen, drohten der Koalition gefährlich zu werden, und so kam es darauf an, Zeit zu gewinnen, um den konservativ-liberalen Block innerlich zu stärken und gegen Angriffe von außen her zu festigen, bevor der Kampf beginnt.

Diese Gelegenheitswürge betreffen die Regelung der Provisionen im Kohlenbergbau, die Erhebung von Schutzzöllen auf Waren aus dem billiger produzierenden Ausland und die Selbstverwaltung Irlands, drei Fragen also, die die lebhaftesten Meinungsverschiedenheiten in England hervorgerufen. Die Anti-Dumpingbill, wie das Gesetz gegen die Ueberflutung mit billigen Auslandswaren genannt wird, bedeutet den Bruch mit den Grundgedanken des Freihandels, und ihr Widerstreit nicht nur das kleine Häuflein oppositioneller Liberaler unter der Führung Asquiths, sondern sie droht auch einen Riß in die Reihen der liberalen Majorität zu bringen, die heute noch Lloyd George unterstützt. Die Kohlenbill stößt auf den lebhaftesten Widerstand der Arbeiterpartei, die an der Forderung der von der Regierung abgelehnten Sozialisierung der Bergwerke festhält und zu einer kraftvollen Kampagne für ihr Programm ansetzt, und die Vorschläge, die das Kabinett für die Selbstverwaltung (Home Rule) in Irland zu machen hat, befriedigen weder rechts noch links. Den Konservativen und den Ulsterleuten gehen sie viel zu weit, den Iren selbst und dem radikalere Flügel der Radikalen sowohl wie den Arbeitern gehen sie lange nicht weit genug.

Ungeachtet der bedrohlichen Lage, in der sich Irland befindet, hat es der Premierminister für zweckmäßig gehalten, am letzten Tage der Session gerade über seine Home-Rule-Pläne dem Parlament einige nähere Angaben zu machen. Es sollen in Irland zwei selbständige Parlamente errichtet werden, eins für den Nordosten der Provinz Ulster, in deren etwa eine Million betragenden Bevölkerung die englische und schottische Blut entstammten protestantischen Konservativen den Ausschlag geben, und eins für die etwa drei Millionen zählenden katholischen Iren, die den Rest der Insel bewohnen. Ein zu gleichen Teilen aus beiden Parlamenten gewählter Rat oder Senat soll die gemeinsamen Angelegenheiten erledigen. Der Zentralregierung in London bleiben aber die Regelung der auswärtigen Politik, die Entscheidung über Krieg und Frieden, Heer und Flotte sowie in der Hauptsache die finanzielle Gesetzgebung vorbehalten. Die Post und einige andre Dinge sollen in die selbständige Verwaltung Irlands übergehen, wenn die beiden Parlamente zu einer Einigung gelangen.

Bezeichnend für die Stimmung der Iren ist der Umstand, daß während der Rede Lloyd Georges kein einziger ihrer Abgeordneten im Unterhaus zugegen war. Die meisten der Gewählten, die der extrem-nationalistischen Partei der Sinnfeiner angehören, haben ihre Plätze im englischen Parlament überhaupt niemals eingenommen, aber auch die kleine Zahl der Gemäßigteren hielt sich, um ihren Protest zum Ausdruck zu bringen, von der Sitzung fern, und diese Demonstration richtete sich nicht nur gegen das Zukunftsprogramm der Regierung, sondern auch gegen ihre derzeitige Politik, die in Irland eine Militärdiktatur errichtet hat, unter dem Belagerungszustand Leutungen verbietet und politisch Verdächtige verhaftet und zeit und gut das Land nach Ludendorff-Rosleichen Rezepten verwaltet.

Aus dem Widerhall, die seine Rede in der Öffentlichkeit findet, hat sich Lloyd George in der Zwischenzeit überzeugen können, auf wie wenig Sympathien seine Vorschläge stoßen. Sie werden fast allenthalben als ein faules und unzulängliches Kompromiß abgelehnt. Die konservativen Engländer wollen von einer Selbständigkeit Irlands in keiner Form wissen, die Iren bestehen auf ihrem Selbstbestimmungsrecht, und ein großer Teil der Liberalen und die ganze Arbeiterpartei schließen sich ihnen, wenn auch mit einigen Einschränkungen, an.